

von
Henri
Myrttinen

Ein halber Rücktritt – und ein halber Neuanfang?

Der Autor ist
promovierter
Konfliktforscher.

Nach Monaten der Spekulation und des Hin-und-her war es am 5. Februar 2015 doch so weit. Premierminister Xanana Gusmão, zwischen 1981 und 1999 Anführer des bewaffneten Widerstands gegen die indonesische Besatzungsmacht und nach der Unabhängigkeit zuerst Präsident, danach zweimal Premierminister, händigte seinen Rücktritt ein, um jüngeren Generationen Platz zu machen.

Als neuer Premierminister wurde Rui Araujo ernannt, interessanterweise Mitglied der eigentlich oppositionellen *Fretilin* Partei. Auch viele der anderen Minister sind aus der jüngeren Garde. Ganz wird sich Gusmão jedoch nicht zurückziehen, denn er bleibt als Minister für Planung und Strategische Investitionen in der Regierung. Es bleibt zu sehen, ob und wie sich die neue Regierung dem womöglich übermächtigen Schatten Gusmãos lösen kann, insofern sie das machen wollte. Der Regierungswechsel kommt in einer Zeit der Ungewissheit, die teilweise aus der Vergangenheit stammen und teilweise mit den an ein Öl- und Gasreichtum verknüpften Erwartungen an die Zukunft.

Lange Schatten der Vergangenheit

Wie schnell die Schatten der Vergangenheit die Gegenwart einholen können, zeigte sich, als gegen Ende 2013 Paulino Gama, besser bekannt unter seinem Decknamen Mauk Moruk, in Osttimor auftauchte. Mauk Moruk kämpfte bis 1984 an der Seite von Gusmão, bis es zu einem bitteren Zwist zwischen den beiden Männern kam und er ins Exil ging. Bei seiner Rückkehr prangerte Mauk Moruk, dessen Bruder der Chef des einflussreichen Veteranenverbandes *Sagrada Familia* ist, die vermeintlichen Verfehlungen der verschiedenen Regierungen seit der

Prachtbauten
neben Armut
Foto: Henri
Myrttinen



Unabhängigkeit an: diese hätten es versäumt, die Armut zu bekämpfen und seien statt dessen eher an Selbstbereicherung interessiert gewesen. Mauk Moruk und seine wiedererstandene *Konselho de Revolusaun Maubere* (KRM) riefen offen zur Revolte auf und meinten vor allem das System Gusmão. Dieses hatte das Land zwar nach den Krisen 2006–2008 stabilisiert, basiert aber auf Patronage, wenn nicht gar Vetternwirtschaft und Korruption.

Die Lage spitzte sich im März 2014 zu, als es in Laga im Osten des Landes zu einem Feuergefecht zwischen Mitgliedern der KRM und der Polizei kam. Die Staatsmacht griff mit harter Hand durch und nahm nicht nur Mauk Moruk und mehrere KRM-Mitglieder fest, sondern ging auch gleich gegen andere Veteranenorganisationen vor, die dem Staat beziehungsweise der Regierung gegenüber eine ambivalente Position bezogen hatten. Sowohl Mauk Moruks Bruder Cornelio ›Comandante L-7‹ Gama als auch Antonio ›Ai-Tahan‹ Matak, Anführer der CPD-RDTL, beides ehemalige Kameraden von Gusmão, wurden unter Hausarrest gestellt. Mauk Moruk wurde im Dezember 2014 aus der Haft entlassen, doch bereits am 15. Januar kam es zu neuen gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen der KRM und der Polizei.

Das Öl, das Geld und die Justiz

Die Kritik Mauk Moruks an der Regierung ist eng an die hohen, und bisher nicht erfüllten Erwartungen an eine rasante Verbesserung der Lebensbedingungen gekoppelt. Diese wiederum sind mit der Ausbeutung der Öl- und Gasvorkommen an der Südküste verbunden. Im Juni 2014 zog die nächste Krise just in diesem Sektor auf: Das FBI nahm am Flughafen von Newark, New Jersey, den US-Bürger Bobby Boye fest unter dem Verdacht, den osttimoresischen Staat um 3,5 Millionen US-Dollar betrogen zu haben. Boye war bis dahin, teilweise mit norwegischen Hilfsgeldern bezahlt, Berater im osttimoresischen Finanzministerium gewesen. Er hatte sich unter anderem dafür stark gemacht, bei ausländischen Öl- und Gasfirmen, die an der Nutzung der Reserven in der Timor-See beteiligt sind, vermeintlich ausstehende Steuern und Tantiemen einzutreiben, welche laut der osttimoresischen Organisation *La'ó Hamutuk* womöglich bis zu 3 Milliarden US-Dollar betragen könnten. Mit Boyes Hilfe hatte Osttimor laut Angaben der damaligen Finanzministerin Emilia Pires mindestens 350 Millionen US-Dollar eintreiben können, unter anderem von ConocoPhillips.

Der letzteren Firma waren die von *La'ó Hamutuk* genannten Zahlen verdächtig genau vorgekommen – und vermuteten, dass Boye diese weitergeleitet hätte. Sie stellte Untersuchungen zu Boye an und stieß schnell auf seine Vergangenheit als Trickbetrüger – was sowohl der osttimoresischen als auch der norwegischen Regierung nicht aufgefallen war. Anstatt die osttimoresische Seite zu warnen, plante *ConocoPhillips* diese Informationen linkisch als Trumpfkarte gegen die Regierung zu benutzen, als die Firma gegen die ausstehenden Zahlungen vor Gericht zog. Bevor es dazu kam, waren der osttimoresischen Seite selbst Zweifel an ihrem Berater gekommen., Zuvor hatten sie jedoch schon 3,5 Millionen Dollar an ihn überwiesen. Zu allem Überfluss verlor die Regierung Osttimors im Oktober 2014 mehrere Schiedsgerichtsfälle gegen internationale Öl- und Gasfirmen, die Boye eingefädelt hatte.

Ein kalter Wind gegen *Malae*?

Ungefähr zeitgleich zu den verlorenen Fällen kam es zu zwei Festnahmen von westlichen Ausländern, in Osttimors Sprache Tetum *malae* genannt, und zur Kündigung der Arbeitsverträge von allen ausländischen Richter- und BeraterInnen im Justizsektor. Ob und inwiefern diese Vorgänge etwas mit dem Fall Boye, der wachsenden politischen Anspannung im Lande und mit Gusmãos möglichen, inzwischen verschobenem Abgang zu tun haben, bietet den politischen Klassen in Dili viel Gesprächsstoff, aber vieles bleibt unklar.

Am wenigsten mit den politischen Machenschaften scheint der Fall der US-amerikanischen Tierärztin Stacey Addison zu tun zu haben, die im Oktober verhaftet wurde. Sie wurde keines Verbrechens angeklagt, musste aber trotzdem mehr als zwei Monate im Gefängnis sitzen, weil sie im selben Taxi saß wie ein Drogenschmuggler.

Politischer scheint der Fall von Tiago Guerra zu sein, der jahrelang in Osttimor als Berater für die Weltbank arbeitete – und zufällig auch einige Zeit lang Boyes Nachbar war. Ähnlich wie im Fall Addison sitzt Guerra in Untersuchungshaft, ohne dass er offiziell angeklagt wäre. Laut Presseberichten wird dem Berater jedoch vorgeworfen, an Geldwäsche beteiligt gewesen zu sein. Manche, mit denen ich gegen Jahresende in Dili sprach, waren der Meinung, dass er womöglich nur als Sündenbock einerseits für Boye und andererseits für den jahrelangen Verdruss seitens der OsttimoresInnen gegenüber den überbezahlten *malae* BeraterInnen hinhalten müsse.

Explizit politisch hingegen war die Entscheidung des Parlaments vom 24. Oktober alle Arbeitsverträge ausländischer MitarbeiterInnen, unter anderem von RichterInnen und StaatsanwältInnen, im Namen der »nationalen Sicherheit« zu kündigen. Die ausländi-

schen MitarbeiterInnen sind zum Großteil aus portugiesischsprachigen Staaten und spielen im Justizsektor eine wichtige Rolle, wo Alles in der Amtssprache Portugiesisch verhandelt werden muss, weil es nicht genügend ausgebildete OsttimoresInnen gibt, die dessen mächtig sind. Die genaueren Gründe für den Rauschmiss wurden nicht näher benannt, welches die Gerüchteküche in Dili nur befeuerte. Manche sahen einen Zusammenhang zu der Boye-*ConocoPhillips*-Sache; andere hingegen sahen darin einen Schlag von Gusmão gegen eine Justiz, die sich zu sehr für Korruption in seinem engsten Machtzirkeln interessiert, unter anderem im Falle der ehemaligen Finanzministerin Emilia Pires.

Die in Dili ansässige Gemeinschaft von *malae*, von denen es wesentlich weniger gibt als zu UN Hochzeiten, war jedoch gegen Jahresende spürbar verunsichert von diesen drei Fällen. Wohin Gusmão, und mit ihm Wohl oder Übel das Land im Jahre 2015 gehen wird, ist unklar. Dass es Unmut in der Bevölkerung gibt und diese die Regierung nervös macht, zeigt der Umgang mit den Veteranenverbänden. Der Fall Boye warf weder ein gutes Licht auf die osttimoresische Regierung, die Geberseite noch auf die internationalen Ölmultis. Die Enthüllungen tragen zu verbreiteten Gefühlen unter OsttimoresInnen bei, dass »die da oben,« sowohl *malae* als auch lokale Eliten sie um die verdienten Früchte der Unabhängigkeit bringen. Ob Gusmãos halber Rücktritt der neuen Regierung die Möglichkeit zu einem Neuanfang jenseits der Schatten der Vergangenheit, ohne den zunehmenden Nepotismus der letzten Jahre und mit einer besseren Chance auf die Verwirklichung der Bedürfnisse der Bevölkerung mit einher geht, bleibt abzusehen.



Wer hat die Deutungshoheit über die Vergangenheit?
Foto: Henri Myrntinen